

Łódź, Donnerstag, den 6. November 1919

Preis 30 Pfg.

Frieden oder Waffenstillstand?

Die Berliner Presse beschäftigt sich mit dem angeblichen Plan des Kaiserreichs, wonach dieser auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages eine teilweise Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes erwägen, weil dessen Bedingungen nicht vollständig erfüllt worden seien. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt u. a. hierzu: Der Frieden ist Selbstzweck der Waffenstillstände nicht. Die Entente scheine den Zweipunkt im Friedensvertrage zu erkennen, ja sogar den unlässlichen Fehler noch ins Unendliche vergrößern zu wollen. Je länger die Ratifikation sich hinzieht, desto mehr verfestigt sich das Gefühl, als ob sich die heutigen Entente-Männer vor dem Frieden fürchten. Der Frieden bedeute den Wiederbeginn des geistigen Kampfes. Aber die Entente sei noch völlig auf Krieg und Gewalt eingestellt und sehe sich außerstande, ein geistiges Weltbild aufzubauen. Bleibe also der Waffenstillstand aufrechterhalten, so sei jeden Augenblick mit Räumung und Vormarsch zu rechnen. Dieser Waffenstillstand, unwiderleglich und fälschlich, wie er sei, bilde eine seltsame Illustration zum letzten Programmstück des Wahlausfalls, mit dem die französischen Sozialisten in den Kampf gehen: „Alles meine Abrüstung in allen Ländern, von denen Deutschland den Anfang machen muß.“

Auf eine Anfrage Lord Robert Cecil hat Harmsworth im englischen Unterhause mitgeteilt, man hoffe, daß der Friedensvertrag von Versailles am 11. November, dem Jahrestage des Waffenstillstandes, in Wirksamkeit treten könne.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet, es werde der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht gelingen, die republikanischen Senatoren in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Die Chefs der republikanischen Opposition erklären, jedem, der es hören wolle, daß der Friedensvertrag von Versailles in der jetzigen Form nicht ratifiziert werde. Sie erklären auch, daß die Kongresssession automatisch Anfang Dezember zu Ende gehe, und daß die unmittelbar darauf wieder eröffnete Tagung sich nur mit inneramerikanischen Fragen, hauptsächlich mit der industriellen und sozialen Krise beschäftigen werde.

Rüme für Italien gegen Verzicht auf Tirol.

Beachtung findet ein Vorschlag, den der italienische Korrespondent des „Daily Telegraph“ in der Rume-Frage macht, um eine Lösung durch einen Ausgleich herbeizuführen. Der Korrespondent sagt, daß die Gegend von Trium mit Ausnahme von Eufal italienisch ist. Daher würde es möglich sein, einen Austausch durchzuführen, wodurch Italien auf Tirol, das es nicht braucht, verzichtet und im Austausch dafür Rume erhält. Die Frage ist wichtig, ob der Korrespondent diesen Vorschlag aus eigenem Antrieb macht oder ob er ihm von der italienischen Regierung soufflért worden ist.

„Echo de Paris“ erzählt, daß Frankreich bei der Washingtoner Konferenz erneut Schritte in der Rume-Frage unternehmen wolle. Der Unterstützung Englands sei es sicher.

Die internationale Arbeitskonferenz.

Die internationale Arbeitskonferenz, die unter dem Schutze des Völkerbundes steht, hat, wie schon gemeldet, in Washington bereits begonnen; 31 Staaten sind in ihr vertreten. Die Begrüßungsansprache namens der Vereinigten Staaten hielt der Staatssekretär des Arbeitsministeriums Wilson, der erklärte, die Konferenz sei der erste gemeinsame Ausdruck der Mächte, um die Aufgaben der sozialen Arbeit zu erfüllen. Die Verhältnisse des Arbeiters zum Arbeitgeber müßten auf dauerhafte Formen begründet werden, nicht aber durch gewaltsamen Umsturz. Die Pflicht der Organisation der Konferenz beruhe auf einem systematischen Aufbau. Dieses Werk könne jedoch nicht eher beendet werden, bevor nicht der Völkerbund gebildet sei.

Die Liste der deutschen Delegierten zur Washingtoner Arbeitskonferenz ist nun endgültig fest. Als offizielle Vertreter der deutschen Regierung reisen nach Washington: Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Reichswirtschaftsminister a. D. Rudolf Wissell, als Vertreter der Gewerkschaften der stehende Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Braumann, als Vertreter der Unternehmerorganisation Direktor Meyn, als Sachverständige reisen mit von Seiten der Regierung Geh. Oberregierungsrat Dr. Lehmann, Geh. Regierungsrat Dr. v. Le-

minski, Professor Dr. Ernst Franke, Professor Dr. Alfred Wane. Als technische Berater der Arbeiterverbände sind bestimmt die Arbeiter-

sekretäre, Abgeordneter Grelenz und Brauer, sowie Fräulein Hanna. Beirat für den Unternehmervertreter ist Dr. Tänzler.

Wer siegt in Rußland?

Die Nachrichten, die in den letzten Tagen über die Kämpfe in Rußland eingelaufen sind, lassen nicht klar erkennen, ob die Belämpfung des Bolschewismus Fortschritte macht oder ob die Offensive der Generale Judenitsch, Denikin und Kollikoff an einem toten Punkt angelangt ist. Ost mit der Telegraphische Geneser Denikin, die in bolschewistischen Heeresberichten in Abrede gestellt werden. Daß die Gegenoffensive der Weißen Armee noch nicht ihr Ende erreicht haben kann, wie gestrichelt aus dem Hauptquartier Judenitsch gemeldet wurde, geht aus nachfolgender Prager Meldung der P. A. T. hervor:

Das tschechische Pressebüro erzählt aus Moskau, 3. November: Nach schweren Kämpfen bei Petersburg wurde die Armee Judenitsch am 2. d. M. S. geschlagen. Die Rote Armee besetzte Kopsa und Gatschina, was zur Folge hatte, daß Judenitsch den Rückzug antreten mußte, die Verwundeten sowie sehr viel Waffen und Kriegsmaterial zurücklassend. Der Rückzug erfolgte so rasch, daß die Rote Armee kaum nachfolgen kann. Bisher wurden einige tausend Gewehre, über 100 Maschinengewehre, gegen 30 Geschütze und eine kolossale Menge Kriegsmaterial erbeutet. Judenitsch zieht sich an der ganzen Front, vom Finischen Meerbusen bis Suga, zurück und schleppt alle Männer mit.

Aus Moskau wird ferner nach Wilna gemeldet: Bolschewistische Blätter vom 2. d. M. bringen die Nachricht, daß an der Front Denikins Orel wieder von den Bolschewiki besetzt worden sei. Im Gegensatz hierzu steht eine Meldung aus Berlin, aus der hervorgeht, daß Denikin siegreich vormaligiert. Es heißt darin: Das „8 Uhr Abendblatt“ erzählt aus Zürich: Denikin teilt durch Funkenspruch mit, daß seine Truppen in der Gegend von Tambow und Woroneß die Operationsarmee der Sowjets vernichtet und 10.000 Rotgardisten gefangen genommen haben. Die Armee Denikins rückt bis auf 60 Km. vor Kurf und hinter Brianst 130 Km. vor.

Ein neuer Aufstand in Petersburg.

Wilna, 4. November. (Pat.)

Aus Petersburg wird gemeldet: Die bolschewistische „Pravda“ berichtet, daß in Petersburg der Aufstand der Sozialrevolutionäre unterdrückt worden sei. Bald darauf sei jedoch ein zweiter Aufstand ausgebrochen, an dem außer Arbeitern die Rote Garde teilnahm. In den Straßen der Stadt wurde gekämpft. Trotz ordnete die Auflösung der Soldatendelegiertenräte an. Auf seinen Befehl wurden die Kommunisten aus der Front gezogen, gegen welche die Rotgardisten sind.

Aus Smolensk wird gemeldet: Ein bolschewistischer Eisenbahnzug wurde vor der Stadt an Saborniki, zwischen Smolensk und Witebsk, von Gegenrevolutionären in die Luft gesprengt.

Noch eine Mahnung an die baltischen Truppen.

Berlin, 3. November.

Die deutsche Reichsregierung hat an die Truppen im Baltikum, welche sich weigern, dem Verbot zur Heimkehr in die Heimat Folge zu leisten, noch eine Mahnung gesandt, in welcher es heißt:

„Die Reichsregierung weiß, daß die verwirklichten Forderungen angewandt worden sind, um die Truppen im Baltikum von der Heimkehr abzuhalten und um weitere Veres-angehörige herbeizulocken. Man hat ihnen gesagt, die Reichsregierung müsse ja unter dem Druck der Forderungen der Entente sich den Anschein geben, als arbeite sie mit allen Mitteln auf eine Räumung Letlands und Litauens hin, im Grunde aber sei sie mit dem Vorgehen, wie es die Eisen-Division und ähnliche Verbände betreiben, vollkommen einverstanden. Das ist eine Lüge!

Es gibt nur eine einzige Politik der Reichsregierung in den Ostprovinzen, und die heißt: Heraus aus dem Baltikum! Alles andere sieht sie als eine verbrecherische Abenteuerpolitik an, die jetzt schon das ganze deutsche Volk in die schlimmsten Bedrohungen geführt hat und drauf und dran ist, weitere unendliche Schwierigkeiten und Gefahren herbeizuführen. Deshalb hat sie zu den letzten unerbittlichen Mitteln gegriffen, um die Irreführten und Verleiteten in letzter Stunde zur Besinnung zu bringen: indem sie jeden für fahnenflüchtig und in kürzestem Verfahren seiner deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, der nicht spätestens bis zum 11. November auf deutschen Boden zurückgekehrt ist. Das bedeutet, daß jeder, der die Rückkehr verweigert, seiner sämtlichen Versorgungsansprüche in Deutschland verlustig geht. Er bekommt weder militärische Bezüge irgendwelcher Art, noch Invaliden-, noch Altersrente, und er hat keine Ansprüche auf Unterstützung, wenn er verwundet oder krank wird. Wenn er nach Deutschland zurückkehren will, gilt er als Landstremmer und wird wegen Fahnenflucht bestraft. Im Ausland ist er den Maßnahmen der fremden Regierung preisgegeben, ohne daß eine Regierung sich seiner annimmt. Auch seine jetzige oder zukünftige Frau und Kinder sind keine Deutschen mehr oder werden es nicht; auch sie verlieren den Anspruch auf irgend eine Fürsorge von deutscher Seite. Dies gibt die Reichsregierung denjenigen noch einmal aufs eindringlichste zu bedenken, die im Baltikum stehen oder ins Baltikum wollen und die träben Aus-sichten nicht achten, die ihr Tun für das Vaterland und für sie selbst nach ziehen muß. Der Augenblick ist nicht mehr als je glauben, wo sie in dem icheren nördlichen Winter ohne Zufahren an Munition, ohne Verbandzeug der Wut der erbitterten Völker jener Länder hilflos ausgelegt sein werden. Noch einmal, ehe das Schlimmste kommt: Heraus aus dem Baltikum! Zurück in die Heimat!“

Der Oberbefehlshaber Moskwa hat jede Unterstützung der im Baltikum befindlichen Regierungen und Truppen, insbesondere durch Anwerbung Lieferung von Material, Waffen und Lebensmitteln sowie durch Propaganda verboten. Durch Verfügung des Reichswehrministeriums wurden in Berlin viele Verheerungen für die baltischen Truppen geschlossen. Die Vorkämpfer wurden verhaftet. Dasselbe Los hat auch die Weibsbüros in Potsdam, Fürstentum und Rüsting getroffen.

Deutsch-litauische Verständigung.

Wilna, 4. November. (Pat.)

Aus Rom wird gemeldet: Zwischen der deutschen Behörde und der litauischen Regierung ist eine Verständigung erzielt worden, wonach eine neutrale Zone geschaffen werden soll. Die Station Radzivilski bleibt solange in deutschen Händen, bis die deutschen Truppen aus dem Baltikum die Heimreise angetreten haben. In Joseni wird eine Kommission tätig sein, deren Aufgabe es ist, Reibungen zwischen litauischen und deutschen Truppen zu vermeiden.

Die Truppen Vermondis haben Szadow befehligt. Blättermeldungen zufolge herrscht in der Armee Vermondis Befriedigung. Ein Teil der Truppen hat beschloffen, sich unter dem Befehl der deutschen Zentralregierung zu stellen und in die Heimat zurückzuführen. Die Deutschen verlassen den linken Flügel der Vermondischen Armee.

Sejm.

Sitzung vom 4. November.

Das Haus beschäftigt sich mit dem Bericht der Kommission für Arbeitsbeschäftigung über den Verarbeitereis in Sosnowice. Die Grube „Renard“ befindet sich in Zwangsverwaltung.

Abg. Bdzial erklärt, daß die Kommission beantragt, daß das Ministerium für Handel und Industrie die Streikfragen binnen 14 Tagen erledige.

Abg. Pietrzyk bespricht die Einzelheiten des Ausflusses und erklärt, daß die Situation in den Gruben so gespannt sei, daß man jeden Augenblick den Ausbruch des Generalstreiks erwarten könne.

Minister für Handel und Industrie Strasburger erklärt, daß die Anträge der Arbeiter gegenüber der Zwangsverwaltung gemildert wer-

den müssen. Was die Anhäufung von Kohle im Sosnowicer Kohlenbeden betrifft, so befinden sich dort tatsächlich 86.000 Tonnen Kohlen. Die Ursache der Nichtbeförderung der Kohlenmengen liegt im Mangel an Waggons, die zur Herbstzeit gewöhnlich zur Karosoffel und Rübenbeförderung verwendet werden. Nach den Verhandlungen mit dem Verkehrsminister werde sich aber dieser Unzustand beheben lassen. Vordringend sollen Autos zur Kohlenbeförderung in Anspruch genommen werden.

Bezüglich der Arbeitslosigkeit im Lande behauptet Abg. Tomczak, daß kaum 1/3 der Gesamtzahl der Arbeiter Beschäftigung habe, während 300.000 arbeitslos sind. Es sei Pflicht des Senates, ihnen zu helfen, hierzu seien aber 200 Millionen Mark nötig.

Abg. Biemienicki erklärt, daß trotz der Besserung in der Konjunktur die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter verhältnismäßig klein sei und sich ständig verringere. Die Gründe für die Arbeitslosigkeit seien nicht in der Arbeitslosigkeit, sondern in den Bedingungen zu suchen, in denen die ganze Gesellschaft und Bevölkerung lebt. Die Zahl der Arbeitslosen werde weiter wachsen, da mit der bolschewistischen Regierung ein Vertrag über die Rückkehr der Gefangen abgeschloffen worden sei. Außerdem müsse man ebenfalls mit der Rückkehr der Gefangenen aus Deutschland rechnen. Bezüglich der Höhe der Unterstützungen erklärt Redner, die müsse so hoch sein, daß sie eine mittliche Hilfe darstellen.

Nach kurzer Debatte wird das Gesetz in zweiter Lesung mit den eingebrachten Änderungen angenommen. Der Antrag der Kommissionsmehrheit über die Verlängerung der Zeit der Einstellung von Unterstützungen von 13 auf 25 Wochen wird abgelehnt. Dagegen wird der Antrag des Abg. Wojnacki angenommen, wonach die Regierung berechnigt ist, in Ausnahmefällen für gewisse Ortschaften oder Personen und Familien das Recht auf Unterstützungen um einen Monat über die genannte Zeit zu verlängern. Danach wird das Gesetz en bloc in dritter Lesung angenommen.

Es wird nun die Aussprache über

Die Verpflegungsfrage

eröffnet.

Abg. Grciszewski führt aus, daß die bisherige Verpflegungsaktion auf harten Maßnahmen basierte. Waggons habe kaum 13 Waggons Getreide geliefert, später 63, während aus dem Posenischen monatlich etwa 2000 Waggons geliefert wurden. Im Radomer Bezirk war zur Beschaffung des Getreides eine Strafexpedition nötig. Es wird über Kartoffelmanagement geklagt, während in Skalmierzyce 1 1/2 Millionen Zentner Kartoffeln, die von Reitenhändlern im Posenischen angekauft worden waren, verkauft sind. Dazu führt der freie Handel. Die Behauptung, daß der freie Handel dem Getreidemangel abhelfen wird, ist nicht zu dem die Getreide einfuhr aus Rußland nach Konzeptions hat sich bereits vor dem Kriege geübt. Heute liefert uns Posen Getreide, dafür müssen wir jedoch Galizien, Litauen, Weißrußland und unsere Arme ernähren. Bei der gegenwärtigen Anwesenheit, d. h. 180 Gr. täglich pro Person, fehlen uns noch 70.000 Waggons Getreide. Deshalb sollte man sich nicht wundern, daß die Stadtbevölkerung und die Regierung die Sequestrierung fordern. In seinen weiteren Ausführungen behauptet der Redner, daß die Regierung an den Misserfolgen in Sachen des Getreidemangels nicht schuld sei. Das Monopol habe der Regierung nicht die Möglichkeit gegeben, das Getreide zu erfassen. Es habe ihr nur gestattet aufzuspringen, daß das Getreide nicht verkauft oder ausgeführt werde. Es werde behauptet, daß die Landleute das Getreide nicht abgeben werden. In diesem Falle dürfte keine Wahrheit im Gesetz vorkommen. Es müsse ein Gesetz angenommen werden, das die größte Garantie dafür biete, daß die Verfügungen der Regierung auszuführen werden.

Abg. Barlicki wirft der Regierung vor, daß sie bei den Verhandlungen über eine so wichtige Angelegenheit abwesend ist. Der Redner beantragt, die Regierung aufzufordern, daß sie im Sejm ihre Stellung in der Verpflegungsfrage beleuchte.

Abg. Giffel. Starkiewicz schließt sich den Worten des Abg. Barlicki an und spricht sich im Namen der Nationalen Volksvereinsung gegen das Regierungsprojekt über die Sequestrierung des Getreides aus, da seiner Meinung nach dieses Projekt die Kraft der Regierung überflüssig. Zur Durchführung des Projekts sei eine andere Administration nötig, als es die einzige ist. Redner protestiert gegen den Vorwurf, daß der polnische Bauer ein Schleichhändler sei und den Hunger im Lande verschulde. Ein gewisser Prozentsatz nur verweigere die Beförderung des

Kontingents aus Böslichkeit. Dieses seien
Beider, die man bestrafen müsse.

Darauf wird die Aussprache unterbrochen.
Donnerstag, um 4 Uhr nachmittags, findet eine
besondere Sitzung des Senats statt, die ausschließlich
über die Verpflegungsfälle verhandelt wird.

Der Minister macht bekannt, daß im Laufe
der nächsten 2 Tage der Minister für Approvi-
sation einannt werden wird, dem man Zeit
lassen müsse, damit er sich vorbereiten könne,
um Stellung zu beziehen nehmen zu können.

Sokales.

Sod, den 6. November 1919.

Einschränkung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen.

Aus Warschau wird uns unterm 5. d. M.
telegraphiert:

Das Ministerium für Eisenbahnen macht be-
kannt: Zweckmäßige einer größeren Anzahl
von Lokomotiven für die Beförderung von
Lebensmitteln und Heizmaterial beab-
sichtigt das Verkehrsministerium vom 10. Novem-
ber ab zeitweilig für die Dauer von 10
Tagen den Personenverkehr einzuschränken. Die
Nummern der Züge, die von Zeit zu Zeit den
Verkehr aufrechterhalten sollen, werden von den
Bahndirektionen bekanntgegeben werden.

Kleider und Schuhe für arme Kinder.
Der Reichsausschuß für Kinderdrehen erhält von
der amerikanischen Rettungsabteilung die Mit-
teilung, daß der Dampfer „Utia“ die erste Par-
tie warmer Kleiderstoffe, Schuhe, Strümpfe, Mäh-
gen, Knöpfe und Nadeln von London nach
Sankt Petersburg. Im ganzen soll der Reichsaus-
schuß für Kinderdrehen 200 000 Paar Schuhe,
200 000 Paar Strümpfe, 400 000 Paar Klei-
derstoffe sowie eine entsprechende Menge Mähgen,
Nadeln und Knöpfe zur Verteilung unter den
Kindern erhalten. Die Verteilung wird sofort
nach dem Eintreffen der ersten Sendung vorge-
nommen werden.

Amerikanische Kleider. Da sich viele re-
gistrierte Mitglieder des Rates der Arbeiterberufs-
verbände nicht gemeldet haben, um von den ame-
rikanischen Kleidern etwas zu erhalten, wird vom
Rat bekannt gegeben, daß der letzte Verteilungs-
tag der kommenden Sonntags ist. Die Kleider
werden auf der Straße 13 von 9 Uhr früh bis
4 Uhr nachmittags ausgegeben werden. Spätere
Mitteilungen bleiben unberücksichtigt. Die abge-
gebenen Kleiderstücke werden dem Haupt-
verteilungskomitee zurückgegeben werden.

**Das Festprogramm für die Feiertage am
Sonntag.** Polnische Blätter berichten über das
vom Festauschuß aufgestellte Programm der
Jahresfeier anlässlich der Aufnahme des Oka-
pation. Danach werden um 9 Uhr früh in allen
Gottesdiensten Festgottesdienste abgehalten. In
der Heilig-Kreuzkirche findet außerdem Gottes-
dienst für die Schuljugend und in der St. Sta-
nislau's Kirche ein feierlicher Gottesdienst
mit anschließender Einweihung einer Gedenktafel
statt. Im Presbyterium vor dem großen Altar
werden die Vertreter der Staats- und Kommu-
nalgemeinden sowie die Mitglieder des Festaus-
schusses Aufstellung nehmen. Nach Beendigung
des Gottesdienstes wird sich ein Festzug in
nachfolgender Ordnung: Polizei zu Pferde und
zu Fuß, die Feuerwache mit Orchester, der Fi-
schzug, die Schulen, die Gewerkschaft, die Ver-
treter der Staats- und Kommunalbehörden, die

Beeren von 1863 und die Anwalten von
1914—1919 mit Orchester, die Pfänder, die
„Sokales“, die Eisenbahnen mit Orchester, die
Zufuhr- und Straßenbahnen, die Sanktions-
tionen: Post, Telegraph, Telefon usw., die
Annungen, Vereine, Verbände und Parteien —
alle zu 8 Personen in der Reihe.

Der Festzug setzt sich um 11 Uhr in Bewe-
gung und passiert die Befreiungs- und Benedikt-
straße und trifft gegen 12 Uhr auf dem Dalk-
sch-Platz ein, wo um 11 Uhr 15 Min.
begonnene Feldmesse beendet sein wird. Der
Zug wird auf der Besano- und Benediktstraße
halt machen, um den Truppen vom Haller'schen
Platz nach der Konstantiner Straße den Voran-
tritt zu ermöglichen. Der Festzug bewegt sich
hierauf durch die Konstantiner Straße über den
Neuen Ring und beendet sich durch die Beir-
tauer- und Zielstraße nach dem Dombro-
ski-Platz, wo er sich auflösen wird.

Um 7 1/2 Uhr findet im Saale des Vereins
der polnischen Handlungsgesellen, Perlicker
Straße 108 eine Festigung mit anschließender
Zurückstellung statt. Unabhängig davon fin-
det am Abend im Polnischen Theater eine Fest-
vorstellung statt. Die anlässlich der Feier vom
Festauschuß gesammelten Spenden sind für die
Anwalten und für die drahtenden Soldaten
bestimmt.

Fahrtentweife. Gestern fand die feierliche
Einweihung der Schulstandarte des Anhangs
narrums von G. Kücken, Jmadasa 9. statt. Die
Schuljugend samt den Eltern und dem Lehrer-
personal versammelte sich auf dem Schulplatz.
Die Schulhahne wurde vom Orchester des 31.
Infanterie-Regiments mit der Nationalhymne begrüßt,
woauf sich der feierliche Zug durch die Haupt-
straßen nach der St. Joseph-Kirche begab. Hier
führte die Schulkinder die Fahnenweife, wobei er
die Schulkinder in herzlichsten Worten zur weiteren
Arbeitsleistung anspornte. Nach dem Gottesdienst wurde
vom Regimentsoberster die Hymne „Boże coś
Polskę“ und „Rota“ von Ronopata gespielt.

In der gestrigen Stadtsitzung wurden
verschiedene Beschlüsse des Stadtrates die ein-
gekauften Forderungen der Anstellten der städ-
tischen Straßenbahngesellschaft. Vizepräsident
Wojewojski referierte über die Bewilligung einer
einmaligen Teuerungszulage, die sogenannten
13. Monatsgehälter für die städtischen Beamten.
Die Beamten erhalten bereits eine Anzahlung
dieses Monatsgehälter, das insgesamt etwa
900 000 M. betragen würde. Stadtrat, Keri-
stian, dem Antrag des Magistrats bei. Prä-
sident Kienst erwiderte, daß der Magistrat insla-
de der Fragestellung des Antrags des Magistrats
praktisch auf die Gehaltserhöhung verzichtet
werde. Dem Antrag des Magistrats wurde
daraufhin beigegeben. Der Magistrat hat
darauf um eine Unterbrechung für eine Be-
ratung. Nach derselben gab der Vizepräsident
Wojewojski bekannt, daß man beschließen habe,
von gleichiger Teuerungszulage und Gehalts-
erhöhung für das Präsidium und die Mitglieder
des Magistrats abzusehen. Sodann verlangte
u. a. ein Dringlichkeitssantrag, der von der Prä-
sident „Vales-Don“ eingebracht wurde, zur Be-
rathung. Es wurde um eine Entscheidung betitelt.
Die Erhöhung der Zahl der verabschiedeten
Mitglieder an die Zylinder der städtischen Schulen
gebeten. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt und
die Interpellation der Kommission überwiesen.
Sodann wurde der Antrag auf Erhöhung der
für die Kinder der städtischen Beamten bestimm-
ten Schulgebühren von 100 000 auf 150 000 M.
beiprochen. Infolge des Fehlens eines Quorums
wurde dieser Antrag nicht abgelehnt und die
Sitzung geschlossen.

Am Sonntag, den 9. November, um 4 Uhr
nachmittags findet eine feierliche Sitzung der Stadt-
verordnetenversammlung anlässlich des Jahres-

tags des Anhangs der Oskavanten aus Polen
statt. Stadtsitzung ordneten vorst. her. Am 12. d. M.
wird eine Ansprache gehalten. Der Magistrat ver-
anstaltet einen Vortragsabend und eine Theater-
vorstellung. Vom Präsidium der Stadtverordneten-
versammlung wird ein Antrag auf Umbenennung
des Neuen Ringes in „Freiheitsplatz“
eingebracht worden.

Vom Magistrat. Wie wir erfahren, wird
der Magistrat in kurzer Zeit eine Institution für
konzernierte städtische Unternehmungen schaffen
und zwar für die Gasanstalt, das Elektrizitäts-
werk, Schlachthaus u. s. w. Der Magistrat
wende sich an den Stadtschreiber mit der telegra-
phischen Bitte um Beschleunigung der Entschei-
dung über die Klärung der Summen für Kreis-
zwangsausgaben der Stadt. Sod. Gleichzeitig
wurde die Aufmerksamkeit des Stadtschreibers auf
die frühere Lage unserer Stadt gelenkt. Deswegen
sich 1. d. M. 3. halts wurden an den Ministerpräsi-
dent, den Vizepräsidenten und die Vizepräsidenten
abgeordneten Waportowski, Sijch und Parasi-
gesandt, so daß sämtliche Sitzungen in dieser
Angelegenheit in Bewegung gesetzt worden sind.

Um das Uebel vorzujagen. Einer
Nachricht der P. A. L. Agent zufolge traten
die Arbeiter der Grube „Renard“ in Sosnowice
am 4. d. M. nachmittags 2 Uhr in den Ausstand.
Als Ursache wird die von der Gubenverwaltung
abgelehnte Beförderung von Kohlen an die Arbeiter
laut deren Wunsch angesehen.

Veränderter Ausstand. Am 31. Oktober
wurde der Streik der Mitglieder des Verbands
in der Holzindustrie nach mehr als 6 wöchiger
Dauer beendet. Die Forderungen der Streiken-
den wurden voll bewilligt, mit Ausnahme des
einen Punktes, wonach die Anstellung und Ent-
lassung der Arbeiter nur durch Vermittlung des
Verbands geschehen soll. Der Mindestlohn eines
Handarbeiters beträgt jetzt 24 Mark täglich, eines
Arbeiters an der Maschine 20 Mk., eines Hilfs-
arbeiters 18 Mark. Es wird eine Krankenlücke
organisiert, für die Arbeitgeber 3% des aus-
gezahlten und die Arbeiter 2% den erhaltenen
Lohnes beitragen. Sämtliche Streikende werden
mit zweiwöchiger Kündigungsfrist entlassen.

**Zur Errichtung einer Zollsammelstelle in
Lodz.** Gestern wurde hier eine Delegation des
Eisenbahns und des Finanzministeriums in der
Angelegenheit der bevorstehenden Errichtung einer
Zollsammelstelle in Lodz. Sie hatten hier mit den
interessierten Interessenten Beratungen ab-

Das Vate-zwelen in Polen. Die Pola-
nische Partei in Lodz schreibt vor, daß Pa-
tenle, Warenzeichen usw., die vor dem 7. Februar
d. J. auf Grund der vorher in den polnischen
Verträgen bestehende russisch-polnischen, deutschen
und österreichischen Gesetzgebung angemeldet wor-
den, die Rechtskraft verlieren, die auch auf das
ganze Territorium des polnischen Staates aus-
gedehnt wird, sobald die Besitzer mit den nötigen
Unterlagen beim Patentamt der polnischen Repu-
blik (Urząd Patentowy Rzeczypospolitej Pol-
ski) Warschau, Krakau 23, ankommen. Der
Anmeldetermin ist durch den Minister für Handel
und Gewerbe auf den 30. Juni 1920 festgesetzt.

Befuch aus Verdun. Der Präsident der
Stadt Lodz, Herr Eduard Kopp, traf in Lodz
ein, um sich mit der Kommunalverwaltung unserer
Stadt bekannt zu machen. Er wird hier einige
Tage weilen.

Der Gesundheitszustand der Stadt Lodz.
Im Verlaufe des Monats Oktober haben die
städtischen Sanitätsärzte 1242 kranke Personen
in Wärdereien, Klostern, Restaurants u. a.
angesehen. Die Sanitätsärzte beschließen die
Gesundheitsüberwachung zu betreiben, einen 13. Sa-
nitätsbezirk zu schaffen, da die ansteckenden Kran-
kheiten in Lodz zunehmen.

Standgericht.

Für Verübung eines Raubmordes: Tod durch Erschießen und 8 Jahre schweren Kerkers.

Am 12. September d. J. gegen 9 Uhr abends
wurde im Wido bei der vieren Wert von
Tomashow auf den von der Mühle in Jmadasa
nach Tomashow heimkehrenden Thomas Jaworski,
der Mord und Mord mit sich führte, von drei
mit Revolvern bewaffneten Männern ein Raub-
überfall verübt. Dem Überfallenen wurden 500
Mark und sämtliche Dokumente geraubt, ferner
wurde er bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und
an einen Baum gebunden. Nach einer Stunde
kamen die Raubleute mit einem Schmelz-
goldstein deselben Wertes, die von den gleichen
Handlen ihrer Verhaftung wurde und neben
Jaworski an den Baum gebunden wurden.

Die Nachforschungen nach den Tätern waren
anfangs erfolglos. Erst am 2. Oktober gelang
es dem Polizeiobersten Piepijowski in Brezino,
daß der Tat verdächtige Helena Wosowska,
17 Jahre und Wladyslaw Dietl, 24 Jahre,
festzunehmen, die im Verhör sich zur Tat be-
kannten. Der Bruder der Wosowska, Stanis-
law, der ebenfalls an den Überfällen teilge-
nommen hatte, konnte bisher nicht gefaßt werden.
Kabinetsrat erlag am 15. Oktober im Lodzer
Polnischen Hospital seinen Verwundungen.

Die Sache gelangte am 6. November vor
dem Standgericht zur Verhandlung. Das Gericht
setzte sich aus folgenden Personen zusammen:
Vorsitzender Richter L. Kamenycki, Beisitzer: die
Richter B. Witoski und Kasiel, die Anklage er-
hob Unterstaatsanwalt Jagersleben. Vor dem
Gericht erschienen Dietl, die Angehörigen zur
Hilfe. Kabinetsrat und Wosowski hielten ihm
eingesandt, daß sie sich nach Kanada begeben
um — in der Rolle von Polakten — die mit
Schmuggelware beladenen Wagen anzuhalten.
Sämtliche Teilnehmer waren verkleidet und be-
waffnet. Die Wosowska bestritt ebenfalls,
der Bande angehört zu haben. Ihr Bruder be-
zweifelte ihre Unterdrückung mit dem Tode, Wissen
zu befragen. Die Aussagen der Angeklagten den
Anklagealt. Der Generalpolizeikommissar P. Wosowski
sagte aus, daß die Wosowska in Lodz mit 1000 M.
habe bestochen wollen, damit er von den in
ihrem Kinde gefundenen Revolvern nichts er-
wähne.

Der Staatsanwalt stellte den Antrag, daß der
Angeklagte Dietl der Angehörigen zu der
Bande für schuldig befunden und zum Tode durch
Erschießen verurteilt werde. Was die Wo-
sowska anbelangt, so beantragte er die Feststellung
verurteilten Schulds und als Strafe lebenslängliche Ge-
fangenschaft. Der Verteidiger Dietl's bejaufwortete
für letzteren lebenslängliche Gefangenschaft, für die
Wosowska Freispruch.

Um 7 Uhr abends verkündete das Gericht
das Urteil, auf Grund dessen Wladyslaw
Dietl zum Tode durch Erschießen und die
Wosowska zu 8 Jahren schweren Kerkers
verurteilt wurden.

Mark oder Rubel? Das Oberste Gericht
in Warschau fällt ein Urteil, das, wie man hofft,
grundständige Bedeutung haben wird. Es betrifft
die Frage, ob Hypotheken Zahlungen, die vor
dem Kriege zu leisten waren, in Mark oder Ru-
bel zu entrichten sind. Im Jahre 1900 verpflich-
tete sich ein Schuldner, die Hypothek (6000 Rub.)
in „der Münze zu bezahlen, die im Lande im
Umlauf ist.“ In dem Anleihevertrag ist als Ge-
gengabe, was als inaktuelles Zeichen des ge-
gebenen Verhältnisses zu betrachten ist, bemerkt,
daß der Rubel als fünfzehnter Teil eines Im-

Försters Hannchen.

Roman von W. Norden.

Sie mußten sich seinem Willen fügen.
Mit dem Grafen verließ Hermann Kohde das
Haus.

Die Nacht war dunkel, nur hin und wieder
brach der Mondstrahl durch die Wolken.

Mehrere Laternen strahlten auf der Straße
her vorüber. Die Lindenhofener hatten
sich zahlreich versammelt, um der Festnahme
Hermanns, des entführten Buchhändlers, bei-
zuzukommen.

Als sie jetzt aber den Grafen Moß an der
Seite Hermanns das Haus verlassen sahen, schwie-
gen sie alle und drückten sich schen zur Seite.

Je einen der Wachen zum Seite — der Graf
hatte sich auf der Straße verabschiedet — den
Ordnungsführer an der Spitze, so ging Hermann den
Weg entlang.

Noch einmal wendete er sich nach dem Häu-
sen zurück, das sein Weib bewohnte.

Das kleine Fenster sah wie ein heller Stern
in das nächtliche Dunkel hinaus.

Hermann lächelte.

Er wußte, hinter jenem Gase standen jetzt
seine Lieben und begleiteten sein Gehen mit
heißem Wunschen.

Er konnte sich über die Behandlung nicht be-
klagen, welche ihm, dem entführten und wie-
der eingefangenen Sträfling zuteil wurde.

Seidern eben Graf Moß seine Partei ergrip-
fen, wachte ein anderer Wind.

Was war auf dem Schlosse alles vorge-
fallen?

Gewiß Dinge von großer Bedeutung. Der

morgne Tag brachte ihm auch hierüber wohl
Aufklärung.

Man war am sogenannten Arrestantenlokal
angelangt. Der Vorsteher mußte den Schlüssel
holen und Hermann Kohde betrat den Lich-
ten Raum mit der Strohmattlage in der Ecke. Die
Zelle im Buchhause war besser gemein und
doch fühlte sich heute Hermann Kohde im heimat-
lichen Dorfe so froh und leicht, als wäre er
ein Staatskammer, das ihm die Wachen an-
gewiesen hatten.

Im Dunkel sank er auf die Knie nieder und
schlang die Hände ineinander. Der erschütterte
Mann sagte voll Dank, daß endlich doch noch
der Tag anbrach, der ihn den Seinen wiedergab.
Und zur selben Zeit fühlte in dem kleinen
Raum am Vorsteher eine junge Mutter ihrem
Kinde die Händchen zum Gese, ihm die Worte
sprechend, welche der Kleine freilich noch nicht
wiederholen konnte.

Vater unser in dem Himmel —

Es war in der Stube still geworden. Die
alte Standuhr allein tickte in das leere Weiten der
fingern Mutter hinein. Förster Bachmann und
der alte Kohde standen beiseite. Auch sie schienen
tief ergriffen die Hände und ihre Lippen be-
wegten sich.

Nach so viel Tagen der Eiden und des
schwersten Kammers endlich ein Sonnenstrahl des
Lichtes! Ein neuer Tag kam und mit ihm, so
Gott will, das alte Glück.

35.

Der Sommer war gekommen. Inzwischen
hatten sich große Veränderungen vollzogen.

Zunächst war dem Staatsanwalte wirklich die
Selbstanzüge des Stelzen Martin zugegangen,

der auch sobald die Mitteilung des Grafen Artur
folgte, daß er sich trotz seines erden, so bestimm-
ten Aussages geirrt habe. Nicht Hermann Kohde
habe somit den Schuß ab gegeben, sondern der
ihm eben als feindlich gesehene Gellbringer.

Am vorgeschrittenen Morgen hatte dann Graf
Moß den ihm bekannten Oberstaatsanwalt um
eine Unterredung gebeten, welche auch stattfand
und eine starke halbe Stunde dauerte. Nach der
selben war der Graf wieder nach Schloß Anden-
hofen zurückgekehrt.

Das Gericht veranlaßte unverzüglich die Ver-
folgung des flüchtigen Stelzen Martin, aber der
Bogel war entwichen.

Die wenigen Spuren ließen sich nicht so aus-
nützen, daß der Falunke in die Hände der
Polizei fiel.

Immerhin hatte man sein Bekenntnis, an
dessen Echtheit niemand zweifelte, ebenso das
Zugehörigkeits Graf Artur's, daß derselbe sich trotz
seinem Eide doch täuschte.

Der Oberstaatsanwalt geistelte dem Grafen
Moß gegenüber scharf die an der Hofstadt grenzende
Ausee vor Gericht, und der jetzige Majors-
herr hatte alle Mühe, eine gerichtliche Verfol-
gung Artur's wegen schändlichsten Eides hinan-
zuhalten.

Einen völlig Unschuldigen hatte das Gesetz
verurteilt, einen Justizmord begangen. Man mußte
ein Uebiges dem Hermann Kohde gegenüber tun,
obwohl der Mann gewaltig aus seinem Gefäng-
nisse erwachte.

Aber schließlich würde sich die Allgemeinheit
seiner annehmen und seine Freilassung energisch
fordern, noch bevor es zu einer neuerlichen Ver-
handlung kam.

Die Folge dieser Erwägungen war, daß Her-

mann Kohde bereits am Nachmittage die Frei-
heit erhielt.

Er konnte in die Arme Hannchens eilen und
nun lehrte das Glück wirklich ein in dem kleinen
Häuschen am Dorfende.

Schon in kürzester Zeit sollte auch geistlich
und zwar durch eine Nachforschung des so hoch
geachteten Mannes in effizienter Gerichtsver-
handlung die Ehre Hermanns wieder hergestellt
werden.

Ob der Stelzen-Martin erwischte wurde ober-
nicht, darum bestärkte sich Hermann jetzt nicht,
sein Groll richtete sich weit mehr auf den Grafen
Artur, der eigentlich allein das Ganze verschuldet
hatte.

Der den Seinen wiedergegebene Mann atmete
auf, als er hörte, Graf Moß habe das Majorat
selbst annehmen und Artur wäre abgereist, ja,
man glaube sogar, der Bruder habe ihm verrotten,
überhaupt jemals wieder hierher zu kommen.

Das mochte alles schwerwiegende Gründe
haben; doch auch das Schloß Lindenhofen beschä-
ftigte Geheimnisse, welche man unangefast lassen
mußte.

Als Graf Moß in das Schloß zurückkehrte,
nachdem er dem Oberstaatsanwalt seinen Besuch
abgemacht, wurde ihm gesagt, daß schon zweimal
eine ältere Frau nach ihm fragte und ihn dringend
zu sprechen verlangte.

Es war die Vore.

Der Graf empfing sie und hörte ihre Klagen
und Bitten an. Dann schied er sie zu seinem
Kendanten, welcher ihre Ansprüche prüfen und,
wenn er sie als richtig befand, der Witwe des
von dem Reichsperde des Grafen erschlagenen
Berger die Rente ausbezahlen sollte, wie sich diese
in den Jahren ansammelte.

